

# **B e k a n n t m a c h u n g**

## **der Stadt Wittingen**

### **über den Aufstellungsbeschluss und die öffentliche Auslegung**

#### **der 41. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Wittingen** - vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) -

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wittingen hat in seiner Sitzung am 13.09.2018 die Aufstellung des o.a. Bauleitplans aufgrund des § 1 (3) des Baugesetzbuches (BauGB) im Sinne des § 30 BauGB beschlossen.

Der Aufstellungsschluss wird hiermit gem. § 2 (1) BauGB bekannt gemacht.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass der Verwaltungsausschuss der Stadt Wittingen in seiner Sitzung am 13.09.2018 beschlossen hat, für den Entwurf des o.a. Bauleitplans und der Begründung die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aufgrund § 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (2) BauGB durchzuführen.

Von einer Umweltprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) abgesehen.

#### **Ziel der Planung:**

Anpassung der bisherigen Darstellungen des Flächennutzungsplans an die zwischenzeitlich eingetretene Entwicklung.

Der räumliche Geltungsbereich des Bauleitplans ist aus der dieser Bekanntmachung anliegenden Gebietsabgrenzung ersichtlich.

Der Entwurf des Bauleitplans mit Begründung liegt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit

**vom 15.10.2018 bis 16.11.2018**

während der Öffnungszeiten im Rathaus der Stadt Wittingen, Bahnhofstraße 35, 29378 Wittingen, zu Jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Nach § 4 a Abs. 4 BauGB können die Planunterlagen im Internet unter <http://wittingen.de> > Bauleitplanung>Planbeteiligung online eingesehen werden.

Innerhalb der o.g. Auslegungsfrist können Stellungnahmen bei der Stadt Wittingen vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4 a Abs. 6 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Bei Abgabe einer Stellungnahme per Mail ist die Angabe von Name und Adresse zwingend erforderlich.

Gemäß § 3 Abs. 3 BauGB wird ergänzend zu § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Absatz 2 des UmwRG gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 des UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

**STADT WITTINGEN - Der Bürgermeister - Ridder**